

V0364/25

Anpassung der Sportförderungsrichtlinien
Punkt 2.4 Energie- und Wasserkostenzuschuss,
Punkt 4 Vereinspauschale und
Punkt 6 Benutzung städtischer Sportanlagen
(hier: Anpassung der Benutzungs- und Entgeltregelung für die Benutzung städtischer Sportanlagen)
(Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll)

Antrag:

1. Der Fördersatz des Energie- und Wasserkostenzuschusses wird ab dem 01.01.2026 von 60 auf 40 Prozent reduziert.
2. Der Wert, der im Rahmen der Gewährung der Vereinspauschale mit den Mitgliedereinheiten multipliziert wird, wird ab 01.01.2026 von 0,31 € auf 0,25 € pro Punkt reduziert.
3. Die Entgelte für die Benutzung städtischer Sportanlagen werden ab 01.01.2026 gemäß Anlage erhöht.

Sportkommission	26.06.2025	Vorberatung
Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit	26.06.2025	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	24.07.2025	Vorberatung
Stadtrat	29.07.2025	Entscheidung

Stadtrat vom 29.07.2025

Stadtrat Misslbeck spricht sich dafür aus, die Sportvereine von den auferlegten Sparmaßnahmen nicht zu stark einzuschränken. Während große Vereine wie der MTV mit Reduzierungen besser umgehen könnten, seien insbesondere die zahlreichen kleinen Vereine auf selbst geringe Zuschüsse angewiesen. Gerade für die jüngsten Mitglieder sei ein Sportverein wichtig, um Teamgeist zu erleben und soziale wie erzieherische Kompetenzen zu entwickeln.

Stadtrat Köhler, zugleich Vorstand des TV, spricht sich ebenfalls gegen eine Erhöhung der Vereinspauschale aus. Auch große Vereine würden die Anpassung treffen. Sportvereine böten Jugendlichen in Ingolstadt die Möglichkeit, ihre sportlichen Fähigkeiten zu entfalten, was auch zur Integration beitrage.

Stadtrat De Lapuente stellt klar, dass nicht der Stadtrat selbst die Kürzung freiwilliger Leistungen beschlossen habe, sondern die Regierung von Oberbayern den Auftrag erteilt habe, für den kommenden Haushalt Einsparungen in diesem Bereich vorzunehmen. Die Wertigkeit von Sportvereinen und Institutionen sei unbestritten, jedoch sei man verpflichtet, diese Einsparungen umzusetzen. Es wäre möglich gewesen, Leistungen im Bereich Kultur

und Kunst vollständig zu streichen, um die Mittel für Sport zu erhalten. Man habe sich jedoch bewusst dafür entschieden, in allen Bereichen gleichmäßig Einschnitte in Höhe von 20 Prozent vorzunehmen. Diese Maßnahme sei bereits durch die Haushaltskonsolidierungsliste beschlossen worden.

Stadtrat Dr. Mayer betont, dass ihm die Zustimmung zur Satzung nicht leicht falle. Da jedoch in allen Bereichen gleiche Sparanstrengungen unternommen würden, sei es nachvollziehbar, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtrat Köstler erinnert daran, in der letzten Sitzung den Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen nicht zugestimmt zu haben. Der Einsparbetrag stehe in keinem angemessenen Verhältnis zum Gesamthaushalt. Er habe beantragt, eine Erhöhung der Grundsteuer durch einen Zusatzbetrag zu ergänzen. Zwar sei dieser Antrag abgelehnt worden, jedoch stehe man weiterhin zu dieser Position.

Oberbürgermeister Dr. Kern weist darauf hin, dass es sich bei dem Redebeitrag von Stadtrat Köstler nicht um einen Änderungsantrag, sondern um eine Gegenstimme zur Vorlage handele.

Stadtrat Stachel stimmt Stadtrat De Lapuente zu. Es solle keinen Unterschied machen, ob es sich um einen Kultur- oder Sportverein handle – alle Bereiche seien aufgefordert, solidarisch zur Entlastung des Ingolstädter Haushalts beizutragen. In seinem Verein habe der Beschluss keine Ängste ausgelöst. Vielmehr stoße die angespannte Haushaltslage auf Verständnis. Die Vereine seien in der Lage, die moderate Anpassung der Förderbeträge auszugleichen.

Stadtrat Höbusch berichtet, dass in seinem Verein nach intensiven Diskussionen und unter Einbeziehung der aktuellen Haushaltssituation eine Beitragserhöhung von deutlich über 20 Prozent beschlossen wurde. Sowohl die Vereine als auch die Bürgerschaft seien sich der finanziellen Lage der Stadt mittlerweile bewusst.

Stadtrat Meier spricht sich für eine moderate Erhöhung der Grundsteuer aus. Aus seiner Sicht hätte die aktuelle Anpassung vermieden werden können, wenn bereits vor fünf Jahren eine Zweitwohnungssteuer eingeführt worden wäre.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll unterstreicht die Bedeutung der Sportvereine für die Jugendarbeit. Dennoch müsse jeder Bereich seinen Anteil zum Konsolidierungspaket leisten – und diese Botschaft sei bei den Vereinen angekommen. Die Anpassungen seien maßvoll gewählt und führten nicht zu strukturellen Schäden. Wie bereits im Sportausschuss erwähnt, könnten sich betroffene Vereine bei finanziellen Schwierigkeiten direkt an sie wenden – man werde gemeinsam nach Lösungen suchen.

Stadtrat Misslbeck hebt zum Abschluss hervor, dass Ingolstadt überregional als bedeutende Sportstadt in Bayern anerkannt sei.

Stadtrat Bannert erklärt, dass die AfD-Stadtratsfraktion gegen die Vorlage sei.

Gegen 7 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.